

III-41 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Nationalrates XI. GP.

21. Dez. 1966

B e r i c h t

der österreichischen Delegation zur 55. IPU-Konferenz in Teheran

Die 55. Interparlamentarische Konferenz fand in der Zeit vom 27. September bis 4. Oktober 1966 in Teheran, Iran, statt. Die österreichische Delegation wies folgende Mitglieder auf:

Abgeordnete zum Nationalrat: Staatssekretär a.D. Doktor Otto Kranzlmayr, Ratsmitglied, Frau Dr. Stella Klein-Löw, Frau Dipl.-Ing.Dr. Johanna Bayer, Minister a.D. Dr. Christian Broda, Dr. Emil van Tongel und Dkfm.Dr. Walther Weißmann sowie das Mitglied des Bundesrates Dr. Leopold Goess.

Die Eröffnungsfeierlichkeit wie auch die übrigen Plenar- und Ausschusssitzungen wurden im Senatsgebäude des iranischen Parlaments abgehalten.

Die Interparlamentarische Konferenz wurde am Vormittag des 27. September 1966 in Anwesenheit des Schahs vom Präsidenten des Interparlamentarischen Rates, Herrn Ranieri Mazzilli, eröffnet. Hierbei wurde mitgeteilt, daß zwei neue Nationale Gruppen der Union beigetreten seien (Mauritanien und Niger), und die suspendierte Mitgliedschaft der Demokratischen Republik Kongo und des Sudans wieder aufgelebt ist.

Zum Präsidenten der Konferenz wurde durch den Interparlamentarischen Rat der Präsident der Iranischen Interparlamentarischen Gruppe, Prof. Ahmad Matine-Daftary, bestimmt.

Nach Begrüßungsworten des Präsidenten der Konferenz und des Präsidenten des iranischen Senats wurde über allgemeine Fragen der Interparlamentarischen Union und der Weltsicherheit gesprochen.

Am Nachmittag des 27. September wurde die Generaldebatte fortgesetzt. Am Vormittag des 28. September ergriff der Leiter der österreichischen Delegation Staatssekretär a.D. Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Otto Kranzlmayr das Wort. In seiner Rede führte Abg. Dr. Kranzlmayr aus, daß die freiwillig übernommene Neutralität Österreich nicht daran hindere, zu außen-

politischen Fragen Stellung zu beziehen. Die Österreicher schätzen Frieden und Freiheit und würden diese Ideale stets verteidigen. Der Redner verlieh seiner Meinung Ausdruck, daß eine Verstärkung der Beziehungen zu anderen Interparlamentarischen Gruppen einem Wunsch der österreichischen Abgeordneten entspräche, sind doch gegenseitiges Verständnis und gemeinsame Interessen Garanten für Frieden und Freiheit.

Der Redner führte aus, daß in der Gemeinschaft der Nationen Gerechtigkeit obwalten müsse. Aus diesem Grunde müssen die Vereinten Nationen als Instrument eines auf Gerechtigkeit und Recht gründenden Friedens angesehen werden. Österreich ist sich bewußt, welche Greuel, Zerstörungen und Verwüstungen Kriege mit sich bringen, und hegt auch für die Not der Flüchtlinge in aller Welt größtes Verständnis.

Abg. Dr. Kranzlmayr stellte abschließend eine Einladung zur Abhaltung der Frühjahrstagung im Jahre 1968 oder 1969 nach Wien in Aussicht.

Am Donnerstag, dem 29. September, ergriff in der Debatte über die "Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen bestehenden regionalen wirtschaftlichen Gruppen und Systemen" die Abgeordnete zum Nationalrat Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer das Wort und führte aus, daß sie und ihre Kollegen darüber übereinstimmen, daß, wenn immer es zur Erhöhung des Lebensstandards zum Wohle der Mehrheit erforderlich ist, eine staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft genommen werden soll. Als Grundsatz könnte hierbei gelten: So viel staatliche Einflußnahme als erforderlich, aber nur in dem Maße als nötig, wobei stets die Initiative des Individuums, seine Leistung und Verantwortlichkeit respektiert und ermutigt werden möge.

Die Rednerin führte einige Beispiele für die Beteiligung des österreichischen Parlaments an der Vorbereitung und Kontrolle von wirtschaftlichen Entwicklungsplänen an. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Integration mit europäischen Ländern und in bezug auf Abkommen mit anderen Ländern nimmt das Parlament an der Vorbereitung und Kontrolle Anteil, desgleichen an in periodischen Abständen von Mitgliedern der Regierung vorgelegten Berichten.

- 3 -

Sachverständige, Naturwissenschaftler und Wirtschaftsfachleute arbeiteten bei der Vorbereitung der Pläne mit, Mitglieder der parlamentarischen Ausschüsse und des Plenums debattierten sie, brachten ihre Ansichten zum Ausdruck, beschlossen sie schließlich und kontrollierten ihre Verwirklichung.

Im folgenden beteiligte sich die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Stella Klein-Löw an der Debatte und verließ ihrer Meinung Ausdruck, daß es äußerst wichtig wäre, daß der Wähler von heute und morgen die Bedeutung der parlamentarischen Arbeit versteht. Jegliche soziale Entwicklung wie auch die Wirtschaftsentwicklung betrifft die Arbeiter, die Bauern, die Intellektuellen und Beamten, mit einem Wort jedermann. Die Arbeiten des Parlaments auf diesem Gebiete berühren ihre soziale und wirtschaftliche Wohlfahrt, ihre Sicherheit und ihr Freiheitsbedürfnis. Nicht fundierte Entscheidungen des Parlaments könnten den Glauben des Volkes an das Parlament schwächen.

Wenn das auf nationaler Ebene stimmt, so läßt sich dieses Erkenntnis doch wohl auch auf internationaler Ebene anwenden. Es sei daher wichtig, der Allgemeinheit die Arbeit der Interparlamentarischen Union verständlich zu machen. Gemeinsame Planung und vereinte Bemühungen bei der Vorbereitung und Kontrolle wirtschaftlicher Entwicklungspläne stärken die Solidarität, die internationale Verständigung und das Ansehen internationaler Organisationen. Der ganzen Welt muß vor Augen geführt werden, daß ohne Parlamente die Welt arm wäre und das Volk ohne Hilfe und Hoffnung.

Die Generaldebatte wurde am 29. September sowie am 1. und 3. Oktober 1966 fortgesetzt und am Montag, dem 4. Oktober, nachmittag abgeschlossen.

Die 55. Interparlamentarische Konferenz faßte Resolutionen über die folgenden Themen:

- I) Methoden zur Stärkung der regionalen Sicherheit in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen.
- II) Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen bestehenden regionalen wirtschaftlichen Gruppen und Systemen.
- III) Die Anwendung der Naturwissenschaft und Technik auf die wirtschaftliche Entwicklung.

- 4 -

- IV) Abänderung des Art. 9 der Statuten der Interparlamentarischen Union.
 - V) Abänderung des Art. 13 der Geschäftsordnung für Interparlamentarische Konferenzen.
-

Der Interparlamentarische Rat, in dem österreichischerseits die Abgeordneten Staatssekretär a.D. Dr. Kranzlmayr und Doktor Stella Klein-Löw vertreten waren, trat am Montag, dem 26. September, und am Montag, dem 3. Oktober, nachmittag zu Beratungen zusammen.

Der Ausschuß für selbständige Territorien und ethnische Fragen, der Wirtschafts- und Sozialausschuß, der parlamentarische und juristische Ausschuß sowie der Kulturausschuß hielten ihre Vorberatungen am 2. Oktober, der Ausschuß für politische Fragen, internationale Sicherheit und Abrüstung am 3. Oktober nachmittag ab.

DER LEITER DER ÖSTERREICHISCHEN DELEGATION
ZUR 55. INTERPARLAMENTARISCHEN KONFERENZ:

Dr. K r a n z l m a y r eh.